

arbeitet die Bundesregierung zusammen mit den betroffenen Bundesländern daran, bereits 2022 und 2023 mehrere schwimmende Flüssigerdgas-(LNG-)Terminals in Betrieb zu nehmen. Darüber hinaus sind die Versorgungsunternehmen – flankiert durch politische Gespräche – dabei, entsprechende LNG-Verträge abzuschließen.

Gemeinsam mit kurzfristigen Anstrengungen von Unternehmen und Privathaushalten zur Reduktion des Gaseinsatzes durch Energieeffizienz, Energieeinsparung und Elektrifizierung kann bis Ende des Jahres der Anteil russischer Gaslieferung am Gasverbrauch auf ca. 30 Prozent gesenkt werden. Weiterhin erscheint eine schrittweise Reduktion von russischem Gas bis Sommer 2024 auf 10 Prozent möglich. Dies setzt zwingend Diversifizierung, Einsparungen, den schnelleren Hochlauf von Wasserstoff sowie den massiven Ausbau der Erneuerbaren voraus.

Darüber hinaus sind eine Vielzahl weiterer Maßnahmen geplant und in der Umsetzung, um die Abhängigkeit von russischen Brennstoffimporten dauerhaft zu beseitigen und auch kurzfristig die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dazu gehören beispielsweise das Gesetz zur nationalen Gasreserve mit Füllstandsvorgaben für die Gasspeicher und ein Prozess mit der Bundesnetzagentur und den Kraftwerksbetreibern, um eine Reservebildung bei Kohle voranzutreiben.

10. Abgeordnete **Anja Karliczek** (CDU/CSU) Gibt es konkrete Initiativen der Bundesregierung, zusammen mit der Wirtschaft Energielieferketten mit Afrika aufzubauen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Patrick Graichen  
vom 29. März 2022**

Die Bundesregierung strebt eine intensive Einbeziehung afrikanischer Länder in Energielieferketten an und nutzt dazu auch die Gespräche mit zahlreichen hochrangigen Vertretern Afrikas beim Berlin Energy Transition Dialogue (BETD) am 29. und 30. März 2022 in Berlin. Ein wichtiger Aspekt wird dabei insbesondere die Unterstützung von Investitionen im Bereich der Erzeugung und des Handels von grünem Wasserstoff und seiner Derivate unter anderem mit dem Auktionsinstrument H2Global sein. Wichtige Kooperationspartner in diesem Zusammenhang sind Länder Nordafrikas sowie Namibia und Südafrika. Die Bundesregierung hat den „Potenzialatlas Grüner Wasserstoff in Afrika“ aufgelegt und analysiert, welche Staaten des südlichen und westlichen Afrikas Potenziale für die Produktion und den Export von Grünem Wasserstoff bieten. Mit Namibia wurden Förderaufträge zur Wasserstoff-Forschung, zu Studien und zur akademischen Ausbildung gestartet.

11. Abgeordneter **Roderich Kiesewetter** (CDU/CSU) Welche Güter (Rüstung/Dual-Use) wurden durch deutsche Unternehmen vom 2008 bis einschließlich 2014 an Russland geliefert (bitte nach Firmen, Bezeichnung, Datum, Anzahl und Kosten aufschlüsseln)?

**Antwort des Staatssekretärs Sven Giegold  
vom 29. März 2022**

Für Informationen zu tatsächlichen Ausfuhren von Kriegswaffen wird in der statistischen Erfassung der Bundesregierung auf entsprechende Erhebungen des Statistischen Bundesamts zurückgegriffen. Dazu verwendet das Statistische Bundesamt Anmeldungen von Unternehmen zur Außenhandelsstatistik (Zoll- und Intrastat-Anmeldungen).

Von 2008 bis 2014 wurden von deutschen Unternehmen keine Anmeldungen zu Lieferungen von Kriegswaffen an Russland getätigt. Für sonstige Rüstungsgüter und Dual-Use-Güter liegen der Bundesregierung Daten zu tatsächlichen Ausfuhren (Lieferungen) nicht vor. Genehmigungszahlen sind in den jährlichen Rüstungsexportberichten und dem EU Jahresbericht zu Dual-Use-Gütern veröffentlicht.

12. Abgeordneter **Roderich Kieseewetter** (CDU/CSU) Welche Güter (Rüstung/Dual-Use) wurden durch deutsche Unternehmen seit 2015 an Russland geliefert (bitte nach Firmen, Bezeichnung, Datum, Anzahl und Kosten aufschlüsseln)?

**Antwort des Staatssekretärs Sven Giegold  
vom 29. März 2022**

Für Informationen zu tatsächlichen Ausfuhren von Kriegswaffen wird in der statistischen Erfassung der Bundesregierung auf entsprechende Erhebungen des Statistischen Bundesamts zurückgegriffen. Dazu verwendet das Statistische Bundesamt Anmeldungen von Unternehmen zur Außenhandelsstatistik (Zoll- und Intrastat-Anmeldungen).

Die Anmeldungen von tatsächlichen Ausfuhren von Kriegswaffen aus der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2022 sind dem Statistischen Bundesamt nach gegenwärtigem Stand bis einschließlich Januar 2022 bekannt. Bei der Außenhandelsstatistik handelt es sich um eine Monatsstatistik.

Im Zeitraum von 2015 bis einschließlich Januar 2022 wurden von deutschen Unternehmen keine Anmeldungen zu Lieferungen von Kriegswaffen nach Russland getätigt. Für sonstige Rüstungsgüter und Dual-Use-Güter liegen der Bundesregierung Daten zu tatsächlichen Ausfuhren (Lieferungen) nicht vor. Genehmigungszahlen sind in den jährlichen Rüstungsexportberichten und dem EU Jahresbericht zu Dual-Use-Gütern veröffentlicht.

Ergänzend wird auf die Antwort zu Frage 15 des Abgeordneten René Springer auf dieser Drucksache verwiesen, in der die Bundesregierung klargestellt hat, dass sie die europäischen Sanktionsregelungen strikt anwendet. Dies gilt sowohl für das von der Europäischen Union in 2014 beschlossene Waffenembargo (Beschluss 2015/512/GASP vom 31. Juli 2014) als auch das Verbot der Ausfuhr von Dual-Use-Gütern zur militärischen Verwendung (Verordnung (EU) Nr. 833/2014) nach Russland.

Die im Zeitraum 2015 bis 2018 erteilten Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter erfolgten sämtlich auf Grundlage der geltenden Embargovorschriften und der darin vorgesehenen Ausnahmetatbestände. Es handelt sich dabei um Genehmigungen, die unter anderem der Weiterführung europäischer Raumfahrtprojekte oder der Abwicklung von Altver-

trägen dienten, die vor Beschluss der Sanktionen geschlossen wurden. Letzteres betrifft auch die Ausfuhrgenehmigung für zwei eisbrechende Mehrzweckschiffe, die einen wesentlichen Anteil des Genehmigungswertes für den Zeitraum 2015 bis 2018 ausmachen. Angaben zu erteilten Genehmigungen für Ausfuhren von Rüstungsgütern nach Russland in den Jahren 2015 bis 2018 sind in den jährlichen Rüstungsexportberichten veröffentlicht. Seit 2019 wurden keine Genehmigungen für Rüstungsgüter nach Russland erteilt. Für Angaben zu erteilten Genehmigungen für Dual-Use-Güter nach Russland wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 2 des Abgeordneten Ali Al-Dailami auf Bundestagsdrucksache 20/1184 verwiesen.

13. Abgeordneter  
**Roderich  
Kiesewetter**  
(CDU/CSU)
- Gab es seit 2008 Rüstungskoooperationen deutscher Unternehmen mit russischen Unternehmen bzw. Rüstungskoooperationen zwischen Forschungs-/Hochschuleinrichtungen, und wenn ja, wann und mit welchen Partnern?

**Antwort des Staatssekretärs Udo Philipp  
vom 25. März 2022**

Der Bundesregierung sind keine formalisierten Rüstungskoooperationen im Sinne der Fragestellung bekannt. Aus staatlichen Mitteln wurden und werden keine Kooperationen im Rüstungsbereich mit Forschungs- und Hochschuleinrichtungen in der Russischen Föderation gefördert.

Über die staatliche Forschungsförderung hinaus hat die Bundesregierung keine Kenntnisse über etwaige Projektaktivitäten deutscher Hochschulen oder nicht vom Bund geförderter Forschungseinrichtungen oder Forschungsverbände mit im Rüstungsbereich tätigen Institutionen in der Russischen Föderation.

14. Abgeordneter  
**Bernd Riexinger**  
(DIE LINKE.)
- Welche Vereinbarungen wurden im Falle einer Kreditstörung für den Kredit in Höhe von 5,5 Mrd. Euro der KfW-Bank zur Stützung der Sicherung der Liquidität des Lausitzer Braunkohleunternehmens LEAG getroffen, und warum wurde zur Sicherung der Liquidität nicht auf die Eigentümer (Konsortium von EPH und PPF) zurückgegriffen?